

Die Zukunft der Altersvorsorge aus der Sicht von Alt und Jung

Inge Schädler führte zwei Interviews: einerseits mit der SP-Nationalrätin Yvonne Feri, Jahrgang 1966, Aargau, andererseits mit dem jüngsten Nationalrat, Andri Silberschmidt, Jahrgang 1994, Zürich.



Sie sind schon seit neun Jahren im Nationalrat und Mitglied der Kommission «Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)». Was sagen Sie dazu, dass im letzten Sorgenbarometer der Credit Suisse die Jungen das Thema Altersvorsorge als die grösste Sorge bezeichnet haben, vor der Arbeitslosigkeit?

Rentnerinnen und Rentner sollen in der Schweiz in materieller Sicherheit leben können, heute und in Zukunft. Unser Drei-Säulen-Konzept könnte diese materielle Sicherheit für Menschen nach der Pensionierung bieten, wenn es regelmässig an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und an die Bevölkerungsentwicklung angepasst würde. Doch leider haben wir es in den letzten Jahren verpasst, dringend nötige Reformen durchzuführen. Wir müssen jetzt gemeinsam handeln, damit heutige und zukünftige Generationen im Alter gut abgesichert sind.

Sind diese Sorgen berechtigt?

Ja, denn unsere Sozialversicherungen müssen dringend an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden – u.a. an die längere Lebenserwartung, an die geringere Geburtenrate und an die neuen Lebens- und Arbeitsformen. Grundsätzlich brauchen Reformen in der Schweiz sehr viel Zeit, die wir bei der Altersvorsorge aber nicht mehr haben. Wir müssen uns im Parlament zusammenraufen, um jetzt Lösungen für eine solide und zukunftsfähige Altersvorsorge in die Wege zu leiten, die auch vom Volk mitgetragen wird.

Stimmt es überhaupt, dass die AHV vor dem Kollaps steht, oder sind dies nur leere Drohungen, um die Bevölkerung unnötig in Angst zu versetzen?

Es besteht ein Handlungsbedarf bei der AHV und in der zweiten Säule, doch von einem Kollaps kann noch nicht die Rede sein. Das Ziel der Reformen muss sein, allen Menschen im Alter ein Leben in materieller Sicherheit zu garantieren. Der berechtigten Angst der Bevölkerung vor Altersarmut kann nicht mit weiteren Kürzungen begegnet werden.

Wie können diese Aussagen und Angstmachereien widerlegt werden? Welche Schritte sind dazu notwendig?

Für mich zentral ist, dass die erste Säule existenzsichernd ist. Die hohe Altersarmut ist für ein reiches Land beschämend. Auch muss die Altersvorsorge für Teilzeitbeschäftigte und Menschen mit Erwerbsunterbrüchen insbesondere in der zweiten Säule dringend verbessert werden. In einem ersten Schritt gilt es, die beiden aktuellen Reformen der Altersvorsorge konstruktiv zu diskutieren, damit sie möglichst rasch verabschiedet werden können.

Wie sieht aus Ihrer Sicht ein Modell bei AHV + BVG + 3. Säule aus, das konsensfähig wäre?

Unsere Verfassung sieht vor, dass die Renten aus AHV und Pensionskasse im Alter «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» ermöglichen. Es gilt, diesen Verfassungsauftrag mit den oben geschilderten veränderten Rahmenbedingungen umzusetzen. Die dritte Säule soll eine mögliche, aber nicht notwendige Ergänzung der beiden anderen Säulen bleiben, denn viele Menschen verfügen nicht über die finanziellen Möglichkeiten, Geld in die dritte Säule einzubezahlen. Ich bin überzeugt, dass es uns generationen- und parteienübergreifend gelingen kann, das in der Bundesverfassung verankerte Modell der Altersvorsorge gemeinsam für die Zukunft fit zu machen.



Die jungen Menschen sehen die Altersvorsorge als das grösste Problem der Schweiz. Die Arbeitslosigkeit ist auf Platz 2 verdrängt worden. Teilen Sie diese Meinung und wenn ja, warum?

In der Tat ist die Finanzierung der Schweizer Altersvorsorge nicht gesichert. Wenn wir nichts tun, ist der AHV-Fonds in 14 Jahren leer. Das muss verhindert werden. Das kumulierte Defizit in den kommenden 25 Jahren beträgt über 120

Mrd. CHF. Es ist unschweizerisch, Probleme dieser Art schön zu reden. Diese Umstände bestätigen die Sorgen der jungen Menschen.

Das Umlageprinzip der heutigen AHV garantiert ein einfaches, unbürokratisches, kostengünstiges und solidarisches System. Was müsste aus Ihrer Sicht von Seiten der Politik getan werden, um jungen Menschen das Vertrauen in unsere Sozialversicherungen wieder zurück zu geben?

Es braucht notwendige strukturelle Reformen, um allen Generationen eine gute Aussicht auf sichere Renten zu geben. Die bisherige Strategie, Defizite mit Steuererhöhungen zu decken, ist kurzfristig und nicht nachhaltig. Die Schweiz ist mit dem heute gültigen Rentenalter eine Insel und gefährdet damit das gute Ansehen der Sozialwerke. Die, welche können, sollen länger arbeiten, womit ihre eigene Rente verbessert und ein massgeblicher Beitrag zur Sanierung der AHV geleistet wird.

Wie beurteilen Sie beim BVG den Vorschlag der Sozialpartner vom Juli 2019? Ist dieser Kompromiss ein gangbarer Weg für die Sicherung unserer Sozialsysteme, wofür andere Länder die Schweiz beneiden?

Es ist ein gutes Zeichen, dass sich die Sozialpartner zu einem Kompromiss gefunden haben. Die Senkung des obligatorischen Umwandlungssatzes auf 6.0 Prozent überfällig, auch wenn dies nicht alle Probleme löst. Es ist auch richtig, dass eine Übergangsgeneration definiert und entschädigt wird. Jedoch sind hierfür vor allem die betroffenen Pensionskassen in der Pflicht, da sie auch Rückstellungen für diesen Fall gebildet haben. Es wäre falsch, eine Umlagekomponente in die 2. Säule einzuführen. Das ist systemfremd und widerspricht dem Grundsatz der Pensionskassen.

Es ist bekannt, dass für 300'000 Menschen, die unter Armut leiden, die Renten für ein würdiges und selbstbestimmtes Leben nicht ausreichen, weshalb eine Initiative für eine 13. AHV lanciert ist. Was ist Ihre Meinung dazu?

Angesichts der finanziellen Schieflage der AHV ist es unverantwortlich, einen Ausbau zu fordern, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Aus diesem Grund braucht es die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, welche eine schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahren inklusive Anbindung an die Lebenserwartung fordert. Wenn die Finanzierung der AHV für die kommende Generation gesichert ist, bin ich auch offen dafür, dass wir Rentenverbesserungen bei tiefen Einkommen erzielen. Denn es ist kein ruhmvolles Zeichen, dass immer mehr Menschen Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Hier gilt es, gezielt zu helfen, aber nicht «im Giesskannenprinzip», das die AHV vor neue Finanzierungsschwierigkeiten bringt, wie dies die Initiative der Gewerkschaften zur Folge hätte.